

**Autor:** Von Simona Cukerman  
**Seite:** 5 bis 5  
**Ressort:** Politik  
**Ausgabe:** Hauptausgabe

**Mediengattung:** Tageszeitung  
**Auflage:** 21.618 (gedruckt) <sup>1</sup> 20.860 (verkauft) <sup>1</sup>  
 21.937 (verbreitet) <sup>1</sup>  
**Reichweite:** 0,054 (in Mio.) <sup>2</sup>

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 07/2021

<sup>2</sup> von PMG gewichtet 07/2021

## Jugendförderung vor dem Aus

Die Staatsregierung streicht Mittel für die Berufseinstiegsbegleitung für rund 3 500 Schüler

**München/Straubing.** Rund 3 500 förderungsbedürftige Jugendliche in Bayern wurden bei ihrem Berufseinstieg im Schuljahr 2020/21 begleitet, „weil sie es nicht alleine schaffen würden“, sagt Katharina Joho vom Deutschen Gewerkschaftsbund. Nun steht jedoch die Förderung für die Berufseinstiegsbegleitung (BerEb) vor dem Aus. Im Haushaltsentwurf für 2022 hat die Staatsregierung dafür kein Geld mehr vorgesehen. „Ich war früher auf der Mittelschule und wusste nicht, was aus mir werden soll“, schreibt ein ehemaliger BerEb-Teilnehmer an CSU-Generalsekretär Markus Blume in einem Brief, der der Redaktion vorliegt. Es folgte Hilfe, wonach er auf einer weiterführenden Wirtschaftsschule aufgenommen wurde. Nach einer Ausbildung „bin ich selbstständig als Finanzberater tätig – das habe ich der BerEb zu verdanken“, schreibt er und will zum Nachdenken anregen. „Können Sie sich sicher sein, dass nicht noch jemandem dasselbe passieren kann?“

### Prävention gegen die Perspektivlosigkeit

Sich richtig bewerben und präsentieren, Abschlussprüfungen erfolgreich beenden, Kontakt zu Firmen aufnehmen – das sind die Aufgaben eines Begleiters von Jugendlichen, die Schwierigkeiten beim Übergang von der Schule zum Job haben. 300 Euro pro Schüler monatlich – „Prävention, um spätere Kosten für die Integration perspektivloser Jugendlicher zu vermeiden“, sagt die Präsi-

dentin des Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverbands, Simone Fleischmann.

Die BerEb sollte deshalb ein dauerhaftes Angebot sein. Befürwortet wird der Erhalt der BerEb nicht nur von Lehrer- und Schülerseite, sondern auch von vielen Betrieben und Verbänden. Praktika und Berufsorientierung konnten in letzter Zeit pandemiebedingt nur eingeschränkt stattfinden, „und nun haben wir es vermehrt mit Auszubildenden zu tun, die sich ihrer Berufswahl nicht sicher sind“, schreiben Ausbildungsleiter der BMW-Werke Dingolfing, Regensburg und Landshut in einem Brief an den CSU-Fraktionsvorsitzenden Thomas Kreuzer, der der Redaktion vorliegt. Seit Jahren arbeiten die ostbayerischen BMW-Werke mit der Berufseinstiegsbegleitung zusammen. „Dadurch wird die langfristige Integration junger Nachwuchskräfte im Unternehmen gefördert.“

Die BerEb unterstützt seit über zehn Jahren Schüler aus Mittel- und Förderschulen, Kinder mit Behinderung, sonderpädagogischem Förderbedarf sowie mit chronischen und psychischen Erkrankungen. Bisher wurden die Kosten zu maximal 50 Prozent von der Bundesagentur für Arbeit getragen. Die restliche Finanzierung wurde zuletzt von der Staatsregierung zur Verfügung gestellt. Die Bundesagentur für Arbeit wäre bereit, die Berufseinstiegsbegleitung auch künftig hälftig zu finanzieren. Voraussetzung dafür ist, dass auch die Kofinanzierung gesichert ist.

### Grünen-Politikerin Köhler: „Das zeugt von Ignoranz“

In einer Antwort auf eine Anfrage der Grünen im Landtag über die Nicht-Verlängerung der BerEb, die der Redaktion vorliegt, schreibt das Kultusministerium, dass es bereits ausreichend Angebote für Jugendliche gebe, die der Berufsorientierung und Unterstützung dienen. Dabei wird auf das Projekt „Talente fördern“ verwiesen, das denselben Zweck wie die BerEb hat. „Bewährte Programme für Tausende von jungen Leuten, mit zuverlässigen Partnern, abzuwürgen, zeugt von Ignoranz. Die Jugendlichen und die Unternehmen an dieser Stelle hängenzulassen, ist eine volkswirtschaftliche und eine soziale Torheit“, sagt die haushaltspolitische Sprecherin der Grünen im Landtag, Claudia Köhler. Man brauche dringend Fachkräfte in vielen Bereichen. Zudem habe jeder eine Chance verdient.

3,2 Millionen Euro für das Jahr 2022 und sieben Millionen Euro für die folgenden Jahre werden benötigt. Doch „die Staatsregierung spart am falschen Ende“, sagt ihr FDP-Kollege Helmut Kaltenhauser. Im Haushaltsausschuss wollen nun Grüne und FDP am 22. Februar per Antrag das Programm retten, denn „alles, was wir jetzt nicht in die Jugend und ihre Bildung investieren, werden wir später teuer bezahlen“, sagt Claudia Köhler.